

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Schweizer Frauenblatt : Organ für Fraueninteressen und Frauenkultur**

Band (Jahr): **4 (1922)**

Heft 40

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweizer Frauenblatt

Organ für Fraueninteressen und Frauenkultur

Erscheint jeden Samstag.

Abonnementpreise: Für die Schweiz: Jahrslich Fr. 8.80, halbjährlich Fr. 4.40, vierteljährlich Fr. 2.20. Bei der Post bestellbar 20 Cts. mehr. Für das Ausland wird das Porto zu obigen Preisen zugerechnet / Einzelnummern halbes Fr.

Verlag und Expedition: Schweizer Frauenblatt A.-G., Aarau, Bahnhofstrasse 43. / Telefon No. 61. / Postfachkonto No. VI/1441.

Insertionspreise: Für die Schweiz: Die einpaltige Temporeilzeile 30 Cts., Ausland 40 Cts., Resten: Schweiz Fr. 1.50, Ausland Fr. 2.— per Zeile. Giffereilzeile 50 Cts., keine Preisermässigung für Placierungsvorstellungen der Inserenten. / Inseratenschluss: Donnerstag Mittag.

Fr. 40

Aarau, 7. Oktober 1922

IV. Jahrgang

Die letzten Tage der Völkerverammlung.

Genf, 5. Oktober.

Budgetberatungen, Wahlen und die finanzielle Wiederherstellung Oesterreichs füllten die letzten zwei Tage der Völkerverammlung aus, über welche noch zu berichten ist. Und dann noch zum Schluss, wie es üblich ist und sich ziemt, eine schöne Rede des Präsidenten Gombard, wobei er die Weisheit und Ergebnisse der letzten Versammlung durchnahm.

Das Budget für den Völkerverbund und das internationale Arbeitsamt beläuft sich auf fast 25 Millionen, was, bei der stets zunehmenden Anzahl der Mitglieder, für jedes eine nicht allzu schwere Last bedeuten mag. Zu Anbetracht, dass der Völkerverbund für die Staaten, die ihm angehören, sozusagen eine Versicherung gegen den Krieg bedeutet, kann man wohl behaupten, dass diese Versicherung nicht zu teuer bezahlt ist. Wenn erst die Regierungen zu der Einsicht gekommen sind, dass diese Versicherung für die Kosten der Kriegen entlastet, oder sogar von Vorteil eines Teiles davon, so wird wohl niemand gegen das Budget des Völkerverbundes etwas einzuwenden haben.

Mit der finanziellen Hilfe an Oesterreich wurde noch kein Entschluss gefasst. In der vorletzten Sitzung der Versammlung erstattete Lord Balfour Bericht und erklärte, dass vom Rat ein Projekt ausgearbeitet worden ist für eine Anleihe und die Kontrolle durch gewisse Mitglieder des Völkerverbundes der ökonomischen Wiederherstellung Oesterreichs. Heute sollen die Verhandlungen des Rates zum Abschluss gekommen sein, doch das Ergebnis ist noch nicht bekannt.

In der Schlussitzung fand die Wahl der sechs nicht ständigen Mitglieder des Rates statt. Brasilien, Spanien, Uruguay, Belgien, Schweden und China sind nun auch im Rat vertreten. Somit sind die sogenannten kleinen Länder — China! — in der Majorität im Völkerverbund und es ist zu hoffen, dass diese Majorität von minder imperialistischer Tendenz die internationale Politik wohlwollend beeinflussen wird. Das der Völkerverbund in seinen Einrichtungen und in seinem Geiste demokratischer sich entfalten muss, das unterliegt keinem Zweifel, und seine eifrigsten Anhänger werden es zugeben. Wir müssen uns nicht scheuen, diejenige Institution einer ersten, wohlgemeinten Kritik zu unterwerfen, und nicht nachlassen — wie ihre edlen Pioniere in der Versammlung — auf die Fehler, die eben eine Gefahr für ihre Existenz bieten, aufmerksam zu machen. Denn würde sich der Völkerverbund stabilisieren in der Form, wie er heute existiert, so hätte wir ja nur ein Sekretariat mehr in der Welt, und zahlreiche Zusammenkünfte und unendliche schöne Reden. Und die Welt würde weiter ihren bezweifeltesten Lauf nehmen. Wenn er, im Gegenteil, immer mehr zu dem wahren, was in seinem deutschen Namen so vollkommen ausgedrückt ist, nicht eine

Liga — League of Nations — nicht eine bloße Vereinigung — Societas des Nations — sondern ein Bund, wie unsere Eidgenossenschaft, ein enger Zusammenschluss von Völkern, welche alle im obersten Rat vertreten sein werden und alle das gleiche Recht haben werden, wenn er alle Völker umfasst, die er heute noch ausschließt oder die fernsteilen, so können wir das Zeitalter des Friedens und des Wohlstandes erschaffen. Befreit vor der niederdrückenden Last des Misstrauens und der feindseligen Gestaltung, wird die Menschheit eine nie gekannte Renaissance feiern.

Marguerite Gobat.

— 0 —

Aus dem eidgenössischen Parlament.

Bei den 5. Oktober.

Zu Beginn der zweiten Sessionswoche hatte es den Anschein als ob sich das parlamentarische Leben in ruhigem Geleise bewegen sollte — in beiden Häusern Sitzungen mit dem Stempel langweiliger. — Allein bald zeigte sich Mut unter der Asche und auch der Rufung kam, der sie auflodern machte. Unsere Völkerverbund-Delegierten, die Herren Bundesrat Motta, Nationalrat Forrer und Ständerat Usteri hatten sich aus dem Palast am Leman wieder in das nationale Parlament begeben. Ihnen war die War von der Hilfsaktion für das arme Oesterreich voran gestellt, und bevor noch der Gesamtbundesrat ihren Bericht eingezogenommen, wählte man schon von der Rolle, die unsere Lande bei dem Hilfswerk zugebort. Man munkelte von einem vorzeitigen Verprechen, das Herr Motta in Genf gegeben. Im Ständerat erhob sich schon die wachsende Stimme gegen eine Vernehmung der berücksichtigten „Promesse“. So kam es, dass sich am letzten Dienstag das Interzesse weit mehr als den eigentlichen Staatsverhandlungen der Konferenz im grünen Kommissionszimmer des Ständerates zu wandte, wo die internationale Hilfsleistung für Oesterreich besprochen wurde. Es nahmen daran teil Vertreter des Bundesrates, Vertreter der Finanzkommissionen beider Räte, die Fraktionspräsidenten der Bundesversammlung mit Einschluss der Sozialisten und Kommunisten, sowie die Völkerverbund-Delegierten. Bundesrat Motta entwickelte den Hilfsplan. Es handelt sich darum, dass die Völkerverbundsstaaten — meist die europäischen — die Gewährleistung für ein österreichisches Anleihen im Betrage von 650 Millionen Goldfronen übernehmen. So viel wird als nötig erachtet, um den Staat Oesterreich zu retten. Als Pfänder sollen die österreichischen Zoll- und Tabaksteuern dienen. Ein vom Völkerverbund gewählter Oberkommissar, dem eine Kontrollkommission zur Seite steht, hätte die Kontrolle auszuüben. Von den 650 Millionen Goldfronen hat Oesterreich bereits 130 Millionen erhalten, so doch 520 neu zu beschaffen sind. England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei haben sich bereit erklärt, je 20 Prozent, Belgien 5 Prozent zu übernehmen. An die Schweiz

erging die Anfrage, ob sie sich mit einer Bürgschaft von 5% im Betrag von 25 Mill. Fr. beteiligen wolle. Oesterreich hat sich als Schuldner bestimmten Bedingungen zu fügen; es muss ein Programm für die Reform seiner Staatsverwaltung vorlegen, welches das Gleichgewicht im Budget sichert. Aufhören der Inflation, Annahme einer neuen Währung gehören ebenfalls zu den Bedingungen. —

Es wurde nun an der Konferenz im „grünen Zimmer“ betont, dass die Beteiligung der Schweiz an der Hilfsaktion vom politischen Standpunkt aus geboten sei. Die Schweiz habe ein vitales Interesse an der Erhaltung eines vierten Nachbarstaates. Der Zusammenbruch desselben brächte Mühen und die Gefahr des Einmarsches fremder Truppen. Wirtschaftlich riskierte die Schweiz eine Abhängigkeit vom östlichen Vertreter. Sämtliche Fraktionspräsidenten sprachen sich in der Konferenz grundsätzlich für die Beteiligung der Schweiz aus, hingegen zeigten sich Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Höhe der Beteiligung und der Art und Weise der auszuübenden Kontrolle. — Am Mittwoch Nachmittag wurde die Angelegenheit im Schöße der Fraktionen behandelt und hier, unter „Seinesgleichen“, trat mancher mit Bedenken hervor. Namentlich wurde betont, dass mit der Beteiligung ein Präjudiz für weitere Fälle geschaffen werde — man wies auf die stets steigende Forderung Deutschlands hin. — Die Bundesversammlung wird nun im Dezember in die Lage kommen, die bundesrätliche Vorfrage über die Angelegenheit zu beraten und Beschluss zu fassen.

Die Konferenz im „grünen Zimmer“ darf als eine Werturteilsfrage bezeichnet werden; dadurch, dass bei dieser internationalen Angelegenheit die Fraktionspräsidenten zur Vorbesprechung eingeladen wurden, hat der Bundesrat einen ersten Schritt getan auf dem Wege zur Verletzung des Parlamentes bei Fragen der auswärtigen Politik. Diese besondere Bedeutung der Konferenz wurde denn auch im Laufe der Woche von verschiedenen Rednern in den Ratsjäten gewürdigt. Anlässlich der Beratung des Geschäftsberichtes des Bundesrates gab Herr Scherer von Basel der Verdringung Ausdruck über das Vorformnis; er sprach den Wunsch aus, der Bundesrat möchte nun recht bald mit Vorschlägen hervortreten für eine künftige Mitwirkung des Parlamentes in Auslandsangelegenheiten, und zwar im Stadium der Vorbereitung. Auch der Ständerat stimmte der vom Nationalrat angenommenen Motion de Rabourz zu, die den Bundesrat einludert, in kürzester Frist seine diesbezüglichen Anträge zuhanden der Bundesversammlung auszuarbeiten.

Wie im Nationalrat, so nahm auch im Ständerat die Geschäftsberichtsberatung breite Formen an; namentlich umfangreich war das Bündel von Wünschen, das der Kommissionsreferent über das Justiz- und Polizeidepartement dem Bundesrat darbot. In erfreulicher Weise trat er dafür ein, dass Schritte getan werden, damit sich die Völkerverbund-Konvention von 1921 betreffend den Frauen- und Kinderhandel bei uns auswir-

ken kann. Begrüßenswert war es auch, dass Herr Wetstein die Aufmerksamkeit besonders auf den zunehmenden Import von schädlicher Literatur hinlenkte u. den Chef des Departementes ermahnte, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Trotz ausgedehnter Sitzungen gelang es dem Ständerat nicht, noch heute die Beratung des Geschäftsberichtes zu beenden; es ist möglich, dass seine Mitglieder den biden Bund noch in der nächsten Woche mitführen müssen.

Im Nationalrat war das große Geschäft der Woche die Initiative betreffend eine einmalige Vermögensabgabe. Die Situation zeigt sich hier wesentlich anders als im Ständerat. Sozialisten, Grünländer und Kommunisten traten von Anfang an geschlossen für ihr Werk ein. Die sozialistische Gruppe stellte dem Ablehnungsantrag der bürgerlichen Parteien und dem Antrag der sozialistischen Gruppe auf Zustimmung einen recht anspruchsvollen Vermittlungsantrag entgegen, demnach soll die sozialistische Initiative abgelehnt, aber dafür ein Gegenentwurf auf anderer Basis aufgestellt werden. Dieser Gegenentwurf — seine Verfasser sind die Herren Schär, Basel und Meyer, St. Gallen, sieht eine Vermögensabgabe vor, aber nicht mit dem Zweck der Förderung sozialer Werte, sondern zur Tilgung der dem Bund durch die Folgen des Weltkrieges u. der Nachkriegszeit entstandenen Schulden. Diese Vermögensabgabe bildete also nichts anderes als eine Ergänzung der Kriegsteuer. Der Nationalrat wählte der Initiative heute drei Sitzungen. Zu Beginn der Nachitzung um 9 Uhr waren noch 18 Redner eingeschrieben. Nachts 10 Uhr 15, da wir diesen Bericht angeheißt der dichtgefüllten Zuschauerränge beenden, läßt Herr Grimm seine Donnerstimme ertönen. Er schließt seine Rede, die höchst unachtsam nur aus Schmähsungen der bürgerlichen Politik besteht, mit dem Ausruf: „Wir Sozialisten sind jung und das ist schön.“ — Ob er mit diesem Bekenntnis auch nur einen Gegner der Initiative überzeugte? — wir glauben es nicht. S. Metz.

Ausland.

Entpannung im Osten.

(un. 5. X. 22.) Es war Zeit, daß sie eintrat; denn man hat Beispiele, daß aufgekesselte Kanonen von selber losgingen, wie am 20. Oktober 1922 (im griechischen Freiungskriege gegen die Türken) in der Nacht von Navarino (Westküste des Peloponnes), wo einige nicht kommandierte, von „niemand“ geführte Schiffe die gewaltige Seeflotte in Gang brachten.

Zur geschichtlichen Beleuchtung der heutigen Situation erlauben wir uns, etwas zurück zu greifen.

In der Zeit ihres mächtigen Aufstieges eroberten die Türken 1453 von Kleinasien aus Konstantinopel, das alte griechische Byzanz, die vielhundertjährige Residenz des oströmischen Reiches. Es bedrohten von da aus zweihundert Jahre lang Europa. In den Kirchengängen Ost- und Mitteleuropas gab es damals das ständige Gebet: „Vor der Wut der Türken bewahre uns, Herr!“

Im Osten und der alte Mann ging still aus dem verlassenen Hause.

Augustus erwachte von einem wilden Traum, der das Haus erfüllte, und als er sich erhob und die nächtliche Lärme öffnete, fand er den Saal und alle Räume voll von seinen ehemaligen Freunden, die zu dem Fest gekommen waren und das Haus leer gefunden hatten. Sie waren erbost und enttäuscht, und er ging ihnen entgegen, um sie alle mit sich mit einem Schinken und einem Scherzort zurück zu gewinnen; aber er fühlte plötzlich, daß diese Macht von ihm gewichen war, kaum haben sie ihn, so begannen sie alle zugleich auf ihn einzudringen, und als er hilflos lächelte und abwehrnd die Hände ausstreckte, fielen sie willend über ihn her.

„Du Gauner“, schrie einer, „wo ist das Geld, das du mir schuldig bist?“ Und ein anderer: „Und das Pferd, das ich dir geliehen habe?“ Und eine hübsche, armen Frau: „Alle Welt weiß meine Geheimnisse, die du ausgeplündert hast.“ „Du bist ich, dich habe, du Schand!“ Und ein hochbetagter alter Mann schrie mit verzerrtem Gesicht: „Weißt du, was du aus mir gemacht hast, du Satan, du Jugendverderber?“

Und so ging es weiter, und jeder häufte Schmach und Schimpf auf ihn, und jeder hatte Recht, und viele schlugen ihn, und als sie gingen und im Gebet die Schwelge geschloßen und viele von den Schwärzern mitnahmen, erhob sich Augustus vom Boden, geschoßen und verumt, und als er in sein Schlafzimmer trat und in den Spiegel blickte, um sich zu waschen, da schaute sein Gesicht ihm weß und häßlich entgegen, die roten Augen trännten, und von der Stirne tropfte Blut

(Fortsetzung folgt)

Fenileton.

Augustus.

5) Ein Märchen von Hermann Gelle.
„Dah! du Sorge, der Schlaf Wein könnte mir schaden? Da sei mir ruhig! Es ist freundschaftlich von dir, daß du Sorge um mich hast, ich hätte es gar nicht vermutet. Aber jetzt laß uns einmal reden wie in der alten Zeit! Mir scheint, du hast das letzte Leben fast bekommen.“ Das kann ich verstehen, und wenn ich weageln, dann zu so dem Was wieder wohl machen und austrinken. Aber vorher muß ich dir etwas erzählen.“
Augustus lehnte sich an die Wand und horchte auf die gute, wohlige Stimme des uralten Mannleins, die ihm von Kinderzeiten her vertraut war und die Schönen der Vergangenheit in seiner Seele wachrief. Eine tiefe Scham und Trauer ergriff ihn, als sah er seiner eigenen unschuldigen Kindheit in die hellen Augen.
„Dein Gift habe ich ausgerenkt“, fuhr der Alte fort, „weil ich es bin, der an deinem Elend schuldig ist. Deine Mutter hat bei deinem Tausch einen Wunsch für dich getan, und ich habe ihn den Wunsch erfüllt. Eine tiefe Scham und Trauer ergriff ihn, als sah er seiner eigenen unschuldigen Kindheit in die hellen Augen.“
„Dein Gift habe ich ausgerenkt“, fuhr der Alte fort, „weil ich es bin, der an deinem Elend schuldig ist. Deine Mutter hat bei deinem Tausch einen Wunsch für dich getan, und ich habe ihn den Wunsch erfüllt. Eine tiefe Scham und Trauer ergriff ihn, als sah er seiner eigenen unschuldigen Kindheit in die hellen Augen.“

Juden. Der Wunsch deiner armen Mutter ist dir nicht bekommen, Augustus. Wie wäre es nicht, wenn du mir erlaubtest, auch dir noch einen Wunsch zu erfüllen, ergebene? Du wirst ja nicht nicht Geld aus mir begehren, und auch nicht Macht und Frankelei, davon du genug gehabt hast. Besinne dich, und wenn du meinst, einen Zauber zu wissen, der dein verdorrens Leben wieder jünger und besser und dich wieder einmal froh machen könnte, dann wünsche ich dir!“
In tiefen Gedanken lag Augustus und dachte, er war aber gar zu müde und hoffnungslos, und so laute er nach einer Weile: „Ich habe dir, Vater hingeworfen, aber ich glaube, mein Leben läßt sich mit meinem Kamm wieder glatt freiden. Es ist besser, ich tue, was ich zu tun dachte, als du herein kamst. Aber ich danke dir, daß du gekommen bist.“
„Ja“, sagte der Alte bedächtig, „ich kann mir denken, daß es dir nicht leicht fällt. Aber nicht leicht kannst du dich noch einmal befehlen, Augustus, vielleicht fällt dir das ein, was dir bis jetzt am meisten gelehrt hat, oder vielleicht kannst du dich an die früheren Zeiten erinnern, wo die Mutter noch lebte und wo du manchmal am Abend zu mir gekommen bist. Du bist du doch unweilens glücklich gewesen, nicht?“
„Ja, damals“, nickte Augustus, und das Bild seiner trahlenden Lebensfülle lag ihm fern und fleisch wie aus einem uralten Spiegel entgegen. „Aber das kann nicht wiederkommen. Ich kann nicht wünschen, wieder, ein Kind zu sein. Ach, das hinge ja alles wieder von vorne an!“
„Aber das hätte keinen Sinn, da hast du recht. Aber denke noch einmal an die Zeit bei uns daheim, und an das arme Mädchen, das du als Student bei Nacht in ihres Vaters Garten besucht hast, und denke auch an die schöne blonde Frau, mit der du einmal auf dem Meeresschiff gefahren bist, und denke an alle Augenblicke, wo du einmal glücklich gewesen bist und wo das Leben dir gut und wertvoll schien. Vielleicht kannst du das erkennen, was dich damals glücklich gemacht hat, und kannst dir das wünschen. Tu es mir zuliebe, mein Junge!“
Augustus schloß die Augen und sah über sein Leben zurück, wie man aus einem dunklen Gange nach jenem fernem Lichtpunkt sieht, von dem man begehren kann, und er sah wieder, wie es einmal hell und schön um ihn gewesen und dann langsam dunkler und dunkler geworden war, bis er ganz im Finstern stand und nichts ihm mehr erfreuen konnte. Und je mehr er nachdachte und sich erinnerte, desto schöner und lebenswerter und begehrenswerter bildete der ferne kleine Mädchenherberüber, und schließlich erkannte er ihn, und Tränen strömten aus seinen Augen.
„Ich will es versuchen“, sagte er zu seinem Vater. „Nimm den alten Zauber von mir, der mir nicht gelehrt hat, und gib mir dafür, daß ich die Mutter wiederhabe.“
Vater nickte er vor seinem alten Freunde und lächelte schon im Niederfluten, wie die Liebe zu diesem alten Manne in ihm brannte und nach gegessenen Worten und Gebärden rang. Der Alte aber, der kleine Mann, nahm ihn sanft auf seine Arme und trug ihn zum Lager, da sagte er ihm wieder und trug ihm die Worte aus des letzten Zuges.
„Es ist gut“, flüsterte er ihm leise zu, „es ist gut, mein Kind, es wird alles gut werden.“
Dartüber schloß Augustus sich von einer schweren Müdigkeit überfallen, als sei er im Augenblick um viele Jahre gealtert, er fiel in einen tiefen Schlaf und der alte Mann ging still aus dem verlassenen Hause.

Die Tragödie der beruflosen Frau im heutigen Deutschland.

Jede Frau, die sich noch der Zeiten vor dem Kriege erinnern kann, wird angeben, daß 75-100 Tausend Mark in Deutschland ein 'kleines Vermögen', 175-200 Tausend Mark aber bereits ein 'großes Vermögen' waren, dessen Zinsen im ersten Falle zu einer bescheidenen existenz, im zweiten Falle zu einer 'wohlhabenden' Existenz ausreichten - für die beruflose Frau. Da begann der Krieg von 1914 die Umwertung aller Werte. Manche alleinlebende oder verwitwete Frau gab ihre Wohnung auf, zog mit Verwandten, wie sie meinte, 'vorübergehend' zusammen oder suchte bei einer ihrer Töchter, deren Mann im Felde war, auszuweichen, wie sie meinte, vorübergehend. Andere Alleinlebende, besonders aus der gehobeneren Schicht, die gewohnt waren, sich eine Bedienung zu halten und deren Gesundheit schwachend wurde durch die Aufregungen des Krieges, durch die Hungerkur und den täglichen Kampf um die knappe Nahrung und Lebensmittel, die jedem Deutschen Staatsbürger garantiert war, die aber nur erhielt, wenn er oftmals Hundstunde in Kälte und Wind angedauert hatte - diese alleinlebenden Frauen gaben ihre Wohnung auf, hielten die Möbel auf ein Lager und siedelten in eine Pension oder in ein kleines, ruhiges Hotel über, wie sie meinten - vorübergehend. Hier fanden sie ein gebietes und erlebtes Zimmer, Bettungen, ein paar Menschen zur Aussprache und für wenig Geld einigermaßen gute Verhältnisse vor, denn die Hotels waren froh, während der Kriegsjahre dauernde Gäste zu haben, und machten billige Preise.

Doch der Krieg dauerte länger als gedacht, Revolution und Unruhen folgten, lange Streiks machten Dispositionen unmöglich, Bürgerkriege, Zerrung der Banken folgten und die Ueberflutung der Städte mit den zurückgekehrten Soldaten, Flüchtlingen, Auslandsdeutschen, Anstalts- und Kautionspensionären begann und hat heute zu Verhältnissen geführt, die wir alle in irgend einer Form sehr konkret empfinden. Mit der Geldwertverminderung sind die Lebensmittelpreise ins Unglaubliche gestiegen, so daß Entbehrung, Not und Unterernährung das Los der älteren, beruflosen Frau geworden sind. Man rechnet nach, wie weit man mit einem Zinseinkommen von 3-5000 Mark jährlich jetzt in Deutschland kommt. Die Steuern sind höher, wie vor dem Kriege, dazu kommen noch Kapitalertragsteuer, Kriegsteuer, 10 Prozent Abzug von den Zinsen, die Depotzinsen für die zwangsbefreite Aufbewahrung der Papiere; von den Altersrenten wird 2 1/2 Prozent abgezogen, Umfahrsteuer, sobald Zimmer vermietet werden. Denn wenn die alleinlebende Frau noch eine eigene Wohnung hat, kann sie Zimmer vermieten und die Wohnungsmiete, die nach dem neuen Reichsmietengesetz das Fünftache der Friedensmiete beträgt, davon bestreiten, in günstigen Fällen sogar einen Ueberschuß erzielen.

Wie geht es aber jetzt den Frauen, die während des Krieges ihre Wohnungen aufgaben, ihre Möbel auf einem Speicher aufbewahren ließen und bei Verwandten oder Angehörigen ausblieben oder in einer Pension lebten?

Das Wohnungsamt, das, ohne daß es öffentlich bekannt gegeben wurde, seit 1919 alle Wohnungen beschlagnahmt hat, bemittelt der alleinlebenden Frau eine Wohnung, selbst wenn die Miete unmöglich ist nachweislich, die Miete eines möblierten Zimmers bezahlen zu können. (Wiß zur Einführung des Reichsmietengesetzes kostete eine kleine Wohnung etwa 1/2 des Preises wie ein kleines, möbliertes Zimmer.)

Die Kapital- oder Hypothekenzinsen der Frau reichten bisher vielleicht gerade noch aus, die täglichen Mischzeiten zu beschaffen, wenn das Essen auf sparsame Weise selbst zubereitet würde, wenn Borräte hätten eingetauscht werden können, als die Lebensmittel noch billiger waren, denn sie sind im Laufe einiger Monate um das Fünffache gestiegen.

Selbst den günstigsten Fall angenommen, die beruflose Frau hätte durch mancherlei Zugeständnisse oder mit Hilfe von Freunden ein möbliertes Zimmer erhalten, so muß sie außerdem für Lagerung ihrer Möbel die ständig steigende Miete bezahlen; da jene ihr nicht zugänglich, ist es ihr trotz ihrer Bedrängnis nicht möglich, ein oder das andere Stück ihres Hausrates zu verkaufen und dadurch Geld zu schaffen. Ebenso ist es ihr unmöglich, sich ein warmes Essen herzustellen, da sie beim Mieten des Zimmers ausdrücklich versichern mußte, die Küche nicht zu betreten. Das Essen im Restaurant oder für die kleine Börse längst unerwünscht geworden.

Die Einkamen aber, die in kleine Hotels oder Pensionen überfiedelten und dort bleiben mußten, weil auch sie keine Wohnung erhalten, sind längst bis in die Bodenkammern heraufgedrückt; man fragt vergebens, wo sie essen; im Winter haben sie kein Licht und keine Heizung und es besteht tatsächlich nur die eine Möglichkeit, daß sie täglich, wenn es anfangt dunkel zu werden, einige Stunden auf dem Hauptbahnhofe oder auf den Bahnhöfen zubringen, um sich zu erwärmen. Sie können noch ausgehen, so lange die Schuhe noch nicht zerfallen sind und der Mantel noch warmhält; denn Kleider oder Schuhe kaufen konnten sie schon längst nicht mehr, und heute übersteigt der Preis von ein paar Schuhsohlen bereits für monatliches Einkommen.

Die Frau könnte arbeiten und etwas verdienen, wird man sagen. Aber wofür? Der Preis der Tochter erlernt, die heute eine 55-, 60-, 65- oder 70jährige Frau ist. Sie war Hausfrau und blieb es, oder sie wurde Hausfrau und vertrat im besten Falle irgend eine soziale, ehrenamtliche Tätigkeit. Wenn diese Frau heute noch sich zu einem Berufe vorbereiten würde, sie angelehrt werden würde, sie deren körperlichen, vielleicht auch geistigen Kräfte durch Entbehrungen und Sorge geschwächt worden, überhaupt fortanrentfähig sein? Vielleicht reichen die körperlichen Kräfte nicht einmal mehr zu häuslicher Arbeit aus, und die Leistungen, von Zeitweilen eines Hausbates gelohnt werden ohne die praktischen Arbeiten selbst ausführen zu müssen, werden bei der Dienstlosennot immer feltener. Wird jemand aber eine ältere Frau überhaupt anstellen oder beschäftigen? Diese Frage ist in Deutschland bei der gegenwärtigen Lage eine äußerst brennende geworden. Sollte man nicht bedenken, wie viele geistige Kräfte verloren geht, wenn man die Frauen gerade der gehobeneren Schichten mittellos ihrem Untergange überläßt? Gerade in sozialer Arbeit, die heute bringender nötig ist, als vordem, wo Lebenserfahrung und Abgesektheit der Anschauung von Wert sind, kann die alternde Frau noch manches leisten. Sollten auf diesem Gebiete nicht Bestrebungen geschaffen werden können, aber nicht durch Anwesen, sondern durch Entlohnung Arbeit.

Brief aus Ungarn.

Die Wahlen für die ungarische Nationalversammlung, die auf Grund des neuen Wahlrechtsgesetzes Anfang Juni abgehalten wurden, erbrachten das von der Regierung gewünschte (man könnte auch sagen, 'erwartete') Resultat. Sie erlangte die Majorität. Dieses Wahlrechtsgesetz, das genau genommen als 'ungefährlich' betrachtet werden kann und von der Opposition auch als 'unabhängig' bezeichnet wird, weil es nur auf dem Verdammungsgrade und nicht durch Abstammung zu unterscheiden ist, bedeutet einen Rückschlag gegen das vorherige Wahlrechtsgesetz, auf dessen Grund die erste Nationalversammlung vor zwei Jahren abgehalten wurde. Das Wahlrecht der Frauen wurde auf die über dreißig Jahre alten beschränkt. Außer den Beschränkungen des Wahlrechtes der Männer, die die Verdammung enthält und denen auch das der Frauen unterworfen ist, wurden den Frauen noch folgende Beschränkungen auferlegt: Sie müssen eine Mittelschulbildung haben, selbstständig einen Beruf ausüben, Mutter von zummindest drei legitimen Kindern sein oder als Gattin eines akademisch gebildeten Mannes das Wahlrecht annehmen. Dadurch wurde etwa 200,000 Frauen das Wahlrecht entzogen, das ihnen das Gesetz im Jahre 1920 gegeben hatte.

Nichtsozialdemokraten war der Kampf gegen diese Einschränkung nicht sehr groß. Das 'Frauenlager' der christlich-sozialen Partei hielt noch einige Protestveranstaltungen ab, doch war deren größte Bedeutung die Mitteilung, daß der einzige weibliche Abgeordnete, Fräulein Margarete Schafkotsch, die ein hervorragendes Mitglied der christlich-sozialen Missionsgesellschaft ist, von der Leitung der Mission veranlaßt wurde, sich von der politischen Tätigkeit zurückzuziehen. Da sich auch die Führerinnen der Demokratischen Vereinigung von politischem Leben zurückgezogen hatten, nahmen hauptsächlich die Frauen der sozialdemokratischen Partei an dem Wahlkampfe teil. Das Resultat hiervon ist, daß wir nun wieder einen einzigen weiblichen Abgeordneten haben und daß dieser eine Frau, namens Anna, die ebenfalls von der sozialdemokratischen Partei angehört, die ebenso wie Fräulein Schafkotsch feinerzeit, mit warmen, klugen Worten für die Verbesserung des Mutter- und Kinderwesens und die Verbesserung der Volkserziehung.

Inzwischen ist ganz plötzlich ein kühler, regnerischer Herbst über uns hereingebrochen, und es regnet und regnet nicht mehr. Man hat beim Beginne des sogenannten 'Christlichen Jahres' die Wetter unter bis dahin für ganz Europa außerordentlich heissen Kinderdünst-Initiationen entfernt, weil sie entweder Jüden waren oder sich den neuen Kurs nicht anpassen konnten, und diese die Welt nicht mehr weiter die Verdienste und Kenntnisse benötigten als nur die der Partei zu dienen. Nun weilt die süße Statistik, die Parteihaft und -günst nicht fehlt, nach, daß im Jahre 1921 von den in Rumänien geborenen 200,000 Kindern 15,000 zu jung waren, von denen 1,000 unter einem Jahre alt waren. Diese traurige Entdeckung wurde auf unsere Behörden, 'etwas zu tun'. Es wurden zwei Damen, Frau Sell und Frau Segeby Majas, zu ministeriellen Vertrauten ernannt, die mitberathend und mitbestimmend in den Volkskommissionen für Mutter- und Kinderdünst wirken sollen.

Der Schlußbeginn brachte uns eine der fürchterlichsten Folgen des Krieges zur Kenntnis. Es ergab sich nämlich, daß während bisher 50-60 Kinder schon die erste kleine Volksliste begehren, dieses Jahr kaum 30 ein Schulzimmer füllen. Und zwar nicht deshalb, weil endlich mehr Schulen für Kinder, die jetzt mit ihrem frühesten Gange die Schulen füllen sollten, zum Teil nicht geboren wurden, zum Teil vorher die lieben Kinderwagen für immer geschlossen hatten. Wohel nicht diese fürchterliche Tatsache an und für sich traurig ist, sondern, daß man diese Kinder fast ganz ohne die Lebenserhaltung wird hier von Stunde zu Stunde infolge der enormen Preissteigerung unrettbar. Ein kilo Brot kostet über 100 Kronen (früher 20 Heller). Ein kilo Kartoffeln 30 Kronen (früher 10 Heller). Ein kilo Weizenmehl 40 Kronen (früher 10 Heller). Ein kilo Butter 100 Kronen (früher 20 Heller). Ein kilo Fleisch 100 Kronen (früher 20 Heller). Und alles andere im selben Maße.

Die Folge dieser traurigen Zustände ist, daß die Frauen und Töchter durch Mitterwerb versuchen, sich vor völliger Unterernährung zu retten. Wie sonst in Ungarn zu hoch gehaltenen Standesrücksichten sind gefallen. Universitätslehrerinnen machen Hütten, Staatssekretärinnen werden Seiner und Juniper, Dorfbarinnen verkaufen Kampfenhüte und eine Frau, die in Szeged, das infolge des Friedensvertrages von 1919, ein großes Gut hat, wird in der 'Reichs' hieher 'flüchtete, heißt nun, da sie nicht imstande ist, ihr Gut zurückzubekommen' in

der Küche eines unserer vornehmsten Restaurants - in Küchenhelfen. Und weil sie, wie die meisten Ungarinnen, eine ausgezeichnete Köchin ist, kommt alle Welt dabei auf ihre Kosten. (Matov Buchs.)

Die Entlohnung bei der Anteiligkeit der Kaufkraft des heutigen Geldwertes (Gleitende Lohnstufen)

Von Martha Wilhelm, Breslau.

Vor dem Kriege kam man, wenn man einmal die Frage behandelte, ob nicht auch die Gehaltsarbeit zweckmäßig durch Lohnstufen entlohnt und bewertet werden könnte, immer zu einer Verneinung dieser Frage. Begründet wurde die Ablehnung mit folgenden Argumenten, die auch heute noch gelten: Die freie Kopfarbeit des Einzelindividuum wird und muß immer individuell verschieden ausfallen, da deren Wertinhalt allein nur durch die dafür aufgewendete Intelligenz bestimmt und auch begrenzt wird. Tarife können aber niemals einer Intelligenzwertung gerecht werden. Tarife und Streiks waren daher vor dem Kriege nur Einrichtungen und Erscheinungen im Berufsleben des Kopfarbeiters.

Seit jeder Arbeit, gleichviel welcher Art, in ihrer Dauer, Lehre, Bezahlung, kurz, in jeder Arbeitseigenschaft, tariflich geregelt, weil der Unheiligkeit des heutigen Geldwertes, die einen höheren Lohn auf alle Lohn- und Gehaltsempfänger ausübt und auch die Kopfarbeiter in die Streiks hineinzieht, nicht anders begegnet werden kann. Die Einpaßung der Beamtenschaft in neuzeitige Tarifformen war nicht möglich. Festgesetzte Vorbereitungen für Schulung und Anstellung, systematisches Aufsteigen in höhere Dienststellen nach Ableistung der vorgeschriebenen Prüfungen und nicht zuletzt die thematisch festgesetzte und begrenzte Arbeitsart, die nicht, wie z. B. beim Kaufmann, Konjunkturschwankungen und Umstellungen in der Kalkulation usw. dem Ingenieur Neuerfindungen auf technischem Gebiete und ähnlichen schnell aufeinanderfolgenden Neuerungen in anderen Berufen, die immer wieder geistige Neuerefindung des Ansiedelers verlangen, unterworfen ist, gleichwohl schon vor dem Kriege die Beamtenschaft in Gehalts- und Rangstufen. Wenn zweifellos auch hier die Intelligenz durch die Tarife schematisiert wird, so entfällt der davon Betroffene Beamte durch die Unfindbarkeit seiner Stellung und die Sicherstellung seines Alters dafür einen Ausgleich, der ihn relativ befriedigen kann.

Anders verhält es sich mit allen anderen Berufen der Kopfarbeit, für die 'das freie Spiel der Kräfte' bisher maßgebend war. Die Würdigung der Beamtenschaft genießt sie nicht. Diese Berufe erhalten immer erst ihre höhere Wertung und Standesentwicklung durch die Intelligenz des Kopfarbeiters, und hier bleibt durch die gleichmässige Tarifierung der Entlohnung die für die Entwicklung dieser Berufe so notwendige Eigenheit, die Intelligenz, unbezahlt.

Man griff aber vorgedungen zum Tarif für jegliche Arbeit, um in der Hauptache durch ihn ein Mittel zu haben, die Geldwertverminderung der Arbeitseigenschaft des Einzelnen thematisch anzupassen und ihm ein Existenzminimum für seine Lebenshaltung zu sichern. In der ersten Nachkriegszeit gelang das am ehesten und zunächst geniest die Tarife allein. So lange die Nationierung der Lebensmittel bestand, die Preise dafür amtlich festgehalten wurden, konnte man auch für die Entlohnung, nicht allein für den Tarifanteil, Abschlässe auf längere Zeit vornehmen. Bis Mitte Februar 1920 lagen die Preise für rationierte Lebensmittel in ganz Deutschland noch um ein Fünftel bis unter dem Durchschnitt der Preis- und Gleichhandelspreise, und genau Erhebungen ergaben, daß eine Dreifamilie ihre Lebensmittellieferung zu 75 Prozent aus rationierten Lebensmitteln deckte. Dann aber begannen sich die Grenzen beider Mütterungen zu nähern, nicht aber durch Senkung der Preis- und Gleichhandelspreise, sondern diese stiegen langsam weiter, während die der rationierten Lebensmittel rapid wuchsen. Die vierjährige Konjunktur des freien Handels brachte nach Aufhebung der Nationierung nicht die ersehnte und trübselig voransagte Preisentlastung, denn unser Land mit seinem gesunkenen Geldwert mußte sich Volk durch Verkauf von Lebensmitteln im Auslandes fatten. Und, wie bekannt, regeln Angebot und Nachfrage stets die Preise im freien Handel. Bei uns überwoog die Nachfrage und die Preise wuchsen und wuchsen.

Diese Preisbildung zwang die Tarifträger der Arbeitnehmer, ihre Lohnvereinbarungen in den Tarifen in immer früher werdenden Punkten zu kündigen. Man vereinbarte aber tarifliche Kopf- und Ausgleichtarifen und kam auf diesem Wege in einigen deutschen Städten und Ortschaften für die laufenden Zuschläge zum System der gleitenden Lohnstufen oder der sogenannten Indegredum. Breslau, Bielefeld und Dresden waren nacheinander die ersten deutschen Städte, die Lohnämter aufmachten. Diese Lohnämter, partiell zusammengefaßt, hatten die Aufgabe, die Preisnotierung der gesamten Lebenshaltung der Tariflöhner so festzuhalten, daß sie sowohl für Verhandlungen als auch für die Errechnung der laufenden Zuschläge einwandfreie Grundlagen boten. Die Breslauer Einrichtung dürfte die weitestgehende sein, denn sie erstreckt sich nicht

allein auf die Stadt, sondern ganze Industriezweige der Provinz Schleisien, ich nenne nur die in Schleisien sehr umfangreiche Zunderindustrie, sind zur Anwendung der Indegredum für die Zuschläge nach Breslauer System übergegangen.

Die Indegredum, sie wurde in Breslau und Kiel im Herbst 1919, in Breslau ab Januar 1920 eingeführt, ermöglichte nun wieder in diesen und anderen Orten, in denen sie besteht, die Möglichkeit von Tarifen auf kleinere Zeitdauer, da die Schwankungen des Geldwertes und damit das Auf und Ab der Preise für die Lebenshaltung durch die Indegredum ersetzt wird. Jede Preisveränderung findet vier Wochen später ihren Ausdruck in einem Zuschlag zur tariflich festgelegten Entlohnung. Im allgemeinen ist damit der Wirtschaftskrisen aufrecht erhalten worden, obgleich es auch unter den Arbeitnehmern, denen die gleitende Lohnstufen die Zuschläge sichert, Mißvergnügen gibt, die den Gewerkschaften den Vorwurf der Unquemlichkeit machen, weil sie zu den zeitraubenden und aufwendigen Tarifverhandlungen durch die Anwendung der Indegredum nicht so oft, als ohne diese, gezwungen sind. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Berechtigung, denn die Arbeitnehmer sind weit früher und reichlicher durch die Indegredum im Besitz ihrer Zuschläge, die feinstufig durch kurzfristige Neuberechnungen von Tarifen, wie der Beweis anderer Städte zeigt, in ihrer Höhe überholt werden, zumal sie auch die Steigerung der Preise für Familien mit Kindern, bis zu drei Kindern, erfassen.

(Schluß folgt.)

Die Fortbildung der Schulentfahnen.

Da durch die Wotlon Waldvogel auf Schaffung eines weiblichen Dienstjahres und die durch die veränderten Wirtschaftsverhältnisse gebotene Umgestaltung eines Teiles unserer weiblichen Jugendberufsbildung zum hauswirtschaftlichen Beruf die Ideen über die weibliche Fortbildungschritte wieder in Fluß gekommen sind und gegenwärtig der Zentralverband und die Reichs- und Landeskommissionen des Bundes (schweiz. Frauenvereine) beschäftigt und wahrscheinlich in Ausübung zur Sprache kommen werden, beginnen wir hier als Grundlage und zum besten Verständnis dieser Frage mit dem Abriss der deutschen Vorkriegs geschaltener Vorträge. Die Red.

1. Geschichtliches. Alle Erziehungsanstalten sind befrucht durch die politische und soziale Entwicklung der Völker und durch die Größe der Psychologie.

Vor der Revolution hatten nur die Adligen und reichen Bürgerkinder Zugang zu einer höheren Bildung; die Mädchen der niederen Stände erwarben ihre erste praktische Geschicklichkeitsbildung in der Familie. Die französische Revolution brachte dann die Volksschule für beide Geschlechter; es gab damals noch 94 Prozent weibliche Analphabeten. Weil man aber zu dieser Zeit die Gebrauchtzeit über alles stellte, begann man den großen Fehler, die Mädchen nicht, sondern nach dem Mutter der Anstaltskinder einzurichten; war doch die Psychologie des Kindes und besonders diejenige der beiden Geschlechter noch nicht bekannt. Durch den obligatorischen Schulunterricht wurde die praktische Ausbildung der Mädchen in der Familie und in Leben draußen mehr und mehr vernachlässigt, ein Fehler, der sich noch heute fühlbar macht.

Zur Behebung dieses Uebelstandes wandte man folgende Mittel an:

- 1. Handarbeitsunterricht in der Schweiz seit 1826 (Anregung von Peter Girard).
2. Unterricht in Haushaltungslehre (Anregung von Fräulein Cornélie Gnanows, Kanton, seit 1840).
3. Berufsschulen für Mädchen (Anregung von Fräulein Elia Lemmer, einer Anhängerin des Wirtschaftswissenschaftens von D. Simon, seit 1856).
4. Hauswirtschaftlicher Unterricht in Belgien zuerst eingeführt 1862, in der Schweiz 1861. Es hielt hier auf die Tätigkeit des hauswirtschaftlichen weiblichen Frauenvereins hingewiesen, der sich seit 1888 um diesen Unterricht bemüht und seit 1895 zu diesem Zwecke eine Bundesubvention erhält.
5. Aufnahme der Frauen an den höheren Schulen und Universitäten seit 1878.

6. Schaffung hauswirtschaftlicher Anstalten und Gründung von sozialen Frauenvereinen seit 1887. Die letzten zwei Einrichtungen haben wir der fortschreitenden Entwicklung der Frauenbewegung und den Forderungen der Frauenrechtlerinnen zu verdanken, welche sowohl die politische, intellektuelle wie auch die soziale Gleichstellung der Frau mit dem Manne verlangen. Endlich haben die neuesten Forschungen der Psychologie und Pädagogik gezeigt, daß die Ausbildung der Mädchen eine viel zu intellektualistische ist, daß man viel zu wenig die geschlechtliche Stellung der Frau, die sie als Mutter, Hausfrau und Bürgerin einnimmt, in Betracht zieht. Der Primarunterricht hört auf, bevor er einen Einfluß auf die reifere Jugend haben kann ausüben können. Und erst Zwölftel der weiblichen Bevölkerung haben damit ihre Ausbildung überhaupt abgeschlossen. Der große Fehler liegt hierin, daß die auf diese Weise erworbene Bildung nicht mehr am Platz. Da die fortschreitende Demotografie eine Verlangung des obligatorischen Volksschulunterrichtes zuläßt, so verlangen wir für 1,600,000 Schweizerinnen, für 270,000 Mädchen, die aus der Primarstufe austreten werden, die obligatorische Fortbildungsschule.

II. Doppelte Aufgabe der Mädchenerziehung. Die Schulpflicht der Mädchenerziehung liegt in der Doppelartigkeit, welche es notwendig macht, das junge Mädchen einerseits auf einen Beruf, andererseits auf seine künftige Tätigkeit als Hausfrau und Mutter vorzubereiten. Der künftige Beruf kann sich ganz nur in ihrer Berufsausübung bilden. Unter dem Vorwand, daß sich ihre Töchter doch verheiraten werden, wollen viele Eltern nicht für die Kosten einer Berufsbildung

